

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,  
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,  
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.



Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.  
Redaktion, Druck und Verlag von A. Graßmann,  
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Montag, den 19. Mai 1879.

Nr. 230

## Deutscher Reichstag.

47. Plenar-Sitzung vom 17. Mai.

Präsident Dr. v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Bundesrathstische: Präsident des Reichs-Langleramts Staatsminister Hofmann und mehrere Kommissare.

### Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Berathung des Zolltarifs.

Dieselbe beginnt bei Position 6 Lit. b (Schmiedbares Eisen in Stäben mit Einschluß des faconnirten; Radfranzseisen; Flughaarschienen; Ed- und Winkelseisen; Eisenbahnschienen; Eisenbahnschienen, Unterlagsplatten und Schwellen 2,50 Mark. Anmerkung zu 6b: Luppenseisen, noch Schlacken enthaltend, Rohschienen; Ingots 1,50 Mark.

Abg. Delbrück bittet mit Rücksicht auf die Lage der Krappfabrikation schwedisches Stabeisen und Krappleder mit Erlaubnißschein und unter Kontrolle zu einem Satz von 50 Pf. pro 100 Kilometer einführen zu lassen. Dieser Zollsatz sei durch die frühere Zollgesetzgebung durchaus gerechtfertigt und empfehle sich auch um deswillen, weil die Krappfabrikation noch eine ziemlich junge Industrie ist, die der Unterstützung bedarf.

Geb. Rath Burgard: Ich bitte zuwider, den vorliegenden Tarif als ein Ganzes zu betrachten, in welchem die verschiedenen Wünsche keine ihren Ausgängen gefunden haben. Aus diesem Grunde wird es sich daher empfehlen, an dem Tarif wenig wie möglich zu ändern. Was den Antrag Delbrücks anlangt, so würde ich denselben nicht unterstützen, wenn es sich um einen notwendigen Schutz eines Industriezweiges handelte. Die Lage der Krappfabrikation ist indes eine solche, daß kein Antrag vorliegt, sie als eine nothwendende zu bezeichnen. Ueberhaupt möchte ich bitten, solche Sonderbestimmungen, soweit sie sich nicht als ein dringendes Bedürfnis herausstellen, abzulehnen, sowie Sie dies bereits in Bezug auf örtliche Sonderbestimmungen gethan haben.

Abg. Klügmann empfiehlt einen von ihm in Gemeinschaft mit dem Abg. Schlieper gestellten Antrag, der Position 6b folgende Bemerkung hinzuzufügen: „Schwedisches gewaltes Holzbohlen von 4 1/2 Millimeter bis 15 Millimeter Längswinkel, rund, von 6 Millimeter x 4 Millimeter Quadrat, rund, von 6 Millimeter x 4 Millimeter bis 15 Millimeter x 14 Millimeter flach frei.“

Abg. Kasper (Sozialdemokrat): Ich will einmal öffentlich erklären, wie meine Partei zu diesen Fragen steht, von welchen Grundsätzen sie sich bei ihrer Haltung leiten läßt. Ich will aber von vornherein erklären, daß meine Ausführungen von meinen Freunden nicht durchweg getheilt werden.

Präsident v. Forckenbeck: Ich kann nicht zulassen, daß die Spezialdebatte durchbrochen und bei einer einzelnen Position auf die Generaldebatte zurückgegriffen wird. Ich rufe deshalb den Herrn Redner mit den Bedingungen der Geschäftsordnung zum ersten Male zur Sache.

Abg. Kasper (fortfahrend): Ich glaube, daß das Recht zu haben, zu erörtern, nach welchen Grundsätzen wir für den einen oder den anderen Zollsatz stimmen werden. Ich will nur sagen, daß wir aus dem Grunde für die Position „Eisen“ stimmen werden, weil wir gerade in dieser Position einen Bruch mit dem Freihandelsystem erblicken, und weil der Grundsatz der freien Konkurrenz auch bei Stabeisen (Heiterkeit) verlassen wird, soweit es das Ausland angeht. Redner geht in seinen weiteren Ausführungen fortwährend auf die allgemeine Debatte zurück und wird dabei wiederholt von dem Präsidenten unterbrochen. Redner glaubt sich zu diesen Ausschweifungen berechtigt, weil in der gestrigen Spezialdiskussion der Abg. Richter und vornehmlich der Abg. Samberger ebenfalls das weite Gebiet der Eisenbahnindustrie in den Kreis ihrer Besprechung gezogen, ohne dabei vom Präsidenten unterbrochen worden zu sein. Der Präsident bemerkt jedoch, daß die Position „Rohseisen“ eine generellen Besprechung zulasse als diese Spezialgegenstände.

Bundeskommissar Geh. Rath Burgard erklärt sich gegen den Antrag Klügmann, während Abg. Schlieper denselben dringend im Interesse der Krappfabrikation zur Annahme empfiehlt. Will die Regierung den Schutz der nationalen Arbeit, so muß sie auch seinem Antrage zustimmen,

dem durch die Festsetzung eines hohen Zolles würde diese Industrie auf's Schwerste geschädigt. Diese Industrie könne nun einmal das schwedische Eisen nicht entbehren.

Abg. Stumm erklärt sich gegen den Antrag, während Abg. Dr. Klügmann denselben nochmals im Interesse der Hufnagel-Industrie zur Annahme empfiehlt.

Abg. Freiherr v. Wendt spricht sich gegen den Antrag Klügmann aus. Redner verweist auf die früher so blühende rheinisch-westfälische Nagelindustrie, welche durch das Freihandelsystem vollständig vernichtet worden sei. Viele Ortschaften hätten sich ausschließlich mit dieser Industrie beschäftigt, jetzt ständen sie dem Hunger gegenüber. Man möge daher bei Beurtheilung des Amendements Klügmann sehr vorsichtig sein.

Abg. Dr. Hamacher: Die Annahme, daß es durch den Zoll der Hufnagelfabrikation unmöglich gemacht würde, schwedisches Eisen zu verwenden, trifft nicht zu. Der gestern bereits mitgetheilte Antrag des Abg. Klügmann stellt an die Steuerbeamten Forderungen, die diese nicht erfüllen können; wie sollen sie untersuchen, ob sie Holzbohlen vor sich haben? Die ganze Sache ist nach jeder Richtung hin zu unbedeutend, als daß wir das ganze System durchlöchern sollten.

Abg. Sonnemann: Aus den verschiedenen Anträgen, welche gestellt sind, sehen Sie, welche Schwierigkeit es hat, diese gewaltige Erhöhung des Zolles auf Stabeisen ins Leben zu führen, und welche Konsequenzen dieselbe haben wird. Wie bei dieser werden sich bei den folgenden noch manche andere Industrien an uns wenden und ihre Wünsche vorbringen. Es wundern mich nicht, daß dem Abg. Kasper die neuen Zölle so sympathisch sind, ich wundere mich aber auch nicht, wenn seine Gefinnungen, die etwas vorgeschritten sind, einsehen, daß diese Zölle nicht der Gesamtheit zu Gute kommen, sondern einzelnen Industrien. Die Rückvergütung würde für den ausgesetzten Schaden auch keinen Ersatz schaffen und nur der Groß-Industrie zu Gute kommen; man wird damit dieselben schlechten Erfahrungen machen, wie in Frankreich. (Rufe: zur Sache!)

Wenn gesagt worden ist, daß man es in diesem Hause vielleicht bereue, die Eisenzölle aufgehoben zu haben, so sage ich, man braucht es nicht zu bereuen; ohne jenen Entschluß hätten wir die beiden Jahre der Zollfreiheit nicht gehabt, auf die wir uns berufen können, in denen die Industrie so ungeheuer erstarkt ist. Beim Materialeisen betrug im Jahre 1875—77 der Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr 578,000 Centner; 1878 stieg die Mehrausfuhr auf 7,980,000 Centner. Die Drahtausfuhr betrug 1876 noch 65,000 Centner, 1876 160,000 Centner, im ersten vollstehenden Jahre 1877 stieg sie auf 584,000 und 1878 auf 1,500,000 Centner. Ob die Schutzzölle solche Resultate ergeben werden, möchte ich bezweifeln. Die Ziele werden nicht der Gesamtheit zu Gute kommen, sondern Einzelnen, besonders den lothringischen Werken, die in eine außerordentlich günstige Lage kommen und eine große Produktionskraft haben, mindestens ebenso billig produzieren, wie England. Eine allgemeine Vertheuerung der Produktion ist die notwendige Folge und die Repräsentanten der anderen Länder werden nicht ausbleiben. Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Abg. Stumm: Bei solch großer Komplikation der Eisenindustrie, auf die der Vorredner hingewiesen hat, ist es doch ein Beweis für die Fachkenntnis der Tarifkommission, daß nicht noch mehr Petitionen vorliegen. Man muß sich also nicht, wie der Abgeordnete Klügmann, über die Petitionen wundern, deren verhältnismäßig wenig eingegangen sind. Redner verliest schließlich aus dem Bericht der Enquete-Kommission eine Auszüge.

Abg. Richter (Hagen): Freiherr v. Wendt sagte, es habe in Westfalen Werke gegeben, die aus Nagelstücken herstellten; sie liegen jetzt still und werden vielleicht wieder in Gang kommen. Er hat die Werke nicht einmal genannt und nur gesagt, sie seien mit Holzbohlen betrieben worden. Da liegt die Frage nahe, ob nicht die gesteigerten Holzpreise die Produktion unmöglich gemacht haben. Abg. Berger (Witten) brachte gestern mit großer Sensation vor, daß ein Gußstahlwerk im Hagener Kreise seinen Arbeiter gefündigt hat und in demselben Moment der Vertreter dieses Kreises hier gegen die Eisenzölle spreche. Wunderlich, daß man sich für die Zölle auf ein Werk beruft, dessen Still-

stand in dem Moment eintritt, wo die Zölle, welche die Besserung bringen sollen, in nächster Aussicht stehen. (Rufe rechts: Zur Sache!) Wenn das nicht zur Sache ist, dann verstehen Sie die Sache einfach nicht; es handelt sich hier um Buddelwerke, also um die Position, von der wir sprechen. Nicht unter dem Freihandelsystem leiden die Buddelwerke, sondern darunter, daß die Eisenbahnen keine Buddelstahlschienen mehr verwenden, sondern Bessemerstahlschienen. (Hört, hört!) Ein Bericht der Handelskammer von Hagen führt das deutlich aus. Schußnägeln sind nicht zu identifizieren mit Hufnägeln, und zu letzteren muß man feineres Material nehmen, als zu Dachnägeln. (Widerpruch.) Der Pferdehuf ist doch kein Dachziegel. (Heiterkeit.) Die Hufnagelschmiede führen aus, daß sie das schwedische Eisen nicht entbehren können. Herr Stumm spricht gewöhnlich mit Zuversicht Thatfachen und Behauptungen aus, die Jeden stußig machen können, wenn man nicht die Materialien zur Hand hat, die das Gegentheil darlegen. Herr Stumm sagt, wir können das schwedische Eisen entbehren und führt uns dafür die Aussage eines Mittelmanns vor, verschweigt aber andere Aussagen. Er hätte uns mittheilen sollen, was der Vertreter der Klein-Fabrikation, Herr Monnesmann aus Remscheid, sagte. Dieser führte aus, die Waaren können wir ebenso machen, wie das Ausland, aber wir müssen dazu schwedisches Eisen importieren. Herr Stumm fragte ihn darauf: Würden Sie bei 1 Mark Zoll weniger Eisen aus Schweden beziehen? Die Antwort war: Nein, denn es ist gar nicht überlegen, wie können nicht ein Pfund weniger bezogen.

Die Diskussion wird geschlossen; es folgen persönliche Bemerkungen.

In der Abstimmung wird der Antrag Klügmann-Schlieper abgelehnt, die Position 6b mit der von Abg. Delbrück beantragten Bemerkung angenommen.

Die Positionen 6c, 1 und 2 und 6d werden ohne Debatte angenommen.

Unter 6c normirt die Vorlage: Eisenwaaren: 1) ganz grobe: a) aus Eisenguß pro 100 Kilo 2,50 M.; b) Eisen, welches zu groben Bestandtheilen von Maschinen und Wagen roh vorgeschmiedet ist, Brücken und Brückenbestandtheile, Anter, Ketten und Drahtseile, gewaltes und gezogene Röhren aus schmiedbarem Eisen pro 100 Kilo 3 M.; 2) grobe aller Art, auch in Verbindung mit Holz, eingeleitete Waaren dieser Art, welche abgeschliffen, gefirnisset, verputzt, verzinkt, verzinkt oder verbleit, jedoch nicht polirt sind, als: Arzte, Degenklängen, Feilen, Hämmer, Hecheln, Hobelisen, Kasser-Trommel und Röhren, Knochensäge, Nägel, Pfannen, Schaufeln, Schläger, Schraubstöcke, grobe Messer zum Handwerksgebrauch, Sensen, Sichel und Futterklängen (Strohmesser), Stemmeisen, Striegeln, Thurmuhren, Zugmacher- und Schneidmesser, Zangen u. dgl. pro 100 Kilogramm 6 M.; (Anmerkung zu 2: Ketten und Drahtseile zur Ketten-Schleppschiffahrt und Taverie: frei.) 3) feine: a) aus feinem Eisenguß, als leichtem Ornamentguß, polirtem Guß, Kunstguß, schmiedbarem Guß, b) aus schmiedbarem Eisen, polirt oder lackirt; Messer, Scheeren, Stricknadeln, Häkelnadeln, Schwertschneider etc., alle diese Gegenstände, anderweitig nicht genannt, auch in Verbindung mit Holz und anderen Materialien, soweit sie dadurch nicht unter Nr. 20 fallen: pro 100 Kilo 24 M.; 4) Nähmaschinen, Schreibfedern aus Stahl und anderen unedlen Metallen, Uhrfournituren und Uhrwerke aus unedlen Metallen, Gewehren aller Art: pro 100 Kilo 60 M.

Abg. Stumm beantragt für diese Position folgende Fassung: 1. ganz grobe: a) aus Eisenguß pro 100 Kilo 2,50 M.; b) Eisen, welches zu groben Bestandtheilen von Maschinen und Wagen roh vorgeschmiedet ist, Brücken und Brückenbestandtheile, Anter, Ketten und Drahtseile, Eisenbahnschienen, Eisenbahnradschienen, Eisenbahnrad, Buffer, Kanonenrohre, Ambose, Schraubstöcke, Winden, Hakennägel, Schmiedehammer, Wagensefeln, Polsterfedern, Brecheisen, Hemmschuhe, Hufeisen pro 100 Kilo 3 M.; 2) gewaltes und gezogene Röhren aus schmiedbarem Eisen pro 100 Kilo 3 M.; 3) grobe: a) anderweitig nicht genannte, auch in Verbindung mit Holz pro 100 Kilo 6 M.; b) abgeschliffen, gefirnisset, verputzt, verzinkt, verzinkt, verbleit oder emaillirt, jedoch weder polirt, noch lackirt, ebenso alle Schlittschuhe, Hämmer, Beile, Arzte, ordinäre Schläger, grobe Messer, Sensen, Sichel, Striegeln, Thurmuhren, Schraubenschlüssel, Winkelhaken, Holz-

Schloß-, Rad- und Drahtschrauben, Zangen, gepresste Schlüssel, Dangel- und Krugabeln, Handseilen, Degenklängen, Hobelisen, Meißel, Luch-, Schneid-, Heden- und Blechseeren, Sägen, Bohrer, Schneidkluppen, Maschinen- und Papiermesser und ähnliche Werkzeuge pro 100 Kilo 10 M.

Zu diesem Antrage beantragt ferner Abg. Mehlstedt in 28 die Worte „Handseilen bis Papiermesser“ zu streichen und als neu einzufügen unter 2: Handseilen, Degenklängen, Hobelisen, Meißel, Luch-, Schneid-, Heden- und Blechseeren, Sägen, Bohrer, Schneidkluppen, Maschinen- und Papiermesser und ähnliche Werkzeuge 15 M.

Abg. Stumm versichert, daß der Zweck seines Antrages nicht eine Erhöhung des Zolles sei; der Tarif scheine nur in der Vereinfachung zu weit zu gehen. Finanziell werde die Wirkung von der einen Seite nach der andern sich ausgleichen, da einige Gegenstände von 6 auf 3 M. reduziert, andere freilich wegen ihres höheren Wertes auf 10 Mark erhöht werden sollen. Die Absicht hierbei sei, den Veredelungsverkehr ungehindert zu erhalten. Weißblech z. B. sei mit einem Zoll belegt worden, aber die Fabrikanten finden dann bei ihren Fabrikaten nicht den entsprechenden Schutz.

Abg. Schlieper: Unter c, 1, 2 seien Ketten und Drahtseile mit 3 Mark belegt, in der Anmerkung seien bestimmte Ketten ausdrücklich ausgenommen. Jene aber bedürften eines Schutzes gar nicht, denn sie stehen ohne Konkurrenz unerreicht auf dem Weltmarkt da; — vielleicht wird auch das unter den neuen Zöllen anders werden! In Bezug auf die anderen Ketten aber werde die Regierung dafür sorgen, daß sie nicht durch ausländische Ketten verdrängt werden.

Abg. Komm. Geh. Rath Burgard verspricht Vorkehrungen gegen derartigen Mißbrauch und erklärt sich gegen die Anträge Stumm, Mehlstedt, weil dieselben das Prinzip der Vorlage durchbrechen und finanziell nicht zu übersehen seien.

Abg. Mehlstedt hält beide Anträge dagegen aufrecht, weil es nicht angehe, hochwerthige und grobe Dinge so in einem Topf zu werfen. Unser Arbeitsstand werde sonst auch an schlechtere Werkzeuge sich gewöhnen, was gewiß nicht im Interesse der nationalen Arbeit liege. Man möge sich demgegenüber den mehr formellen Widerspruch der Regierung hinwegsetzen.

Abg. Bamberger erkennt dem Stumm'schen Antrage eine gewisse formale Berücksichtigung zu, aber materiell gegen denselben. Es handle sich hier um eine ernste Entscheidung, principieller Natur, denn bei Tarifen, die nicht so in Bausch und Bogen gemacht werden, sondern bei denen in jeder Hinsicht der Rücksicht auf eine mehr freihändlerische Basis Erwägungen im Einzelnen eintreten, da werden noch öfter einzelne Industrien mit solchen entgegenstehenden Wünschen kommen. Da er nun habe, die Schutzperiode werde bei uns nicht lang dauern, wüßte er die Dinge zu halten für die Zukunft, um den Miß nicht noch tiefer zu machen, als er schon sei.

Abg. Berger bemerkt berichtigend, er habe sich von der Existenz einer Petition, deren Vorhandensein er neulich bezweifelt, deut überzeugt.

Abg. Müller (Weilheim) befragt den Bundeskommissar, ob er im Interesse der tüchtigen, braven und arbeitsamen Schmiede in seinen baltischen Bergen. Wenn man diesen das Rohmaterial mit Zoll belegt habe, müsse man ihr Fabrikat schützen, wolle man sie nicht zu Grunde richten. Von den Schmieden der Werkzeuge ganz allein aber müssen sie existieren. Wie hoch und schnell eine Industrie sich entwickeln könne, das beweise die Werkzeug-Industrie in Amerika, weil sie rechtzeitig den rechten Schutz genossen habe.

Auf Anfrage des Abg. Dernburg sagt Regierungskommissar Geheimrath Burgard: Maßregeln zu gegen gewisse Mißbräuche des Auslandes bei der Verfertigung der bei uns eingeführten Patent-Aren.

Abg. Richter-Hagen rügt es, daß Anträge wie die vorliegenden erst am Abend vor der Berathung in die Hände der Mitglieder kommen, so daß man nicht Zeit habe, sich darüber zu informieren. Es sei nicht Jeder in dieser Eisenzoll-Philosophie so weit wie Herr Stumm. Bei einzelnen der in Rede stehenden Artikel handle es sich offenbar um erhebliche Vertheuerungen, z. B. der eisernen Gasröhren.

Schloß-, Rad- und Drahtschrauben, Zangen, gepresste Schlüssel, Dangel- und Krugabeln, Handseilen, Degenklängen, Hobelisen, Meißel, Luch-, Schneid-, Heden- und Blechseeren, Sägen, Bohrer, Schneidkluppen, Maschinen- und Papiermesser und ähnliche Werkzeuge pro 100 Kilo 10 M.

Zu diesem Antrage beantragt ferner Abg. Mehlstedt in 28 die Worte „Handseilen bis Papiermesser“ zu streichen und als neu einzufügen unter 2: Handseilen, Degenklängen, Hobelisen, Meißel, Luch-, Schneid-, Heden- und Blechseeren, Sägen, Bohrer, Schneidkluppen, Maschinen- und Papiermesser und ähnliche Werkzeuge 15 M.

Abg. Stumm versichert, daß der Zweck seines Antrages nicht eine Erhöhung des Zolles sei; der Tarif scheine nur in der Vereinfachung zu weit zu gehen. Finanziell werde die Wirkung von der einen Seite nach der andern sich ausgleichen, da einige Gegenstände von 6 auf 3 M. reduziert, andere freilich wegen ihres höheren Wertes auf 10 Mark erhöht werden sollen. Die Absicht hierbei sei, den Veredelungsverkehr ungehindert zu erhalten. Weißblech z. B. sei mit einem Zoll belegt worden, aber die Fabrikanten finden dann bei ihren Fabrikaten nicht den entsprechenden Schutz.

Abg. Schlieper: Unter c, 1, 2 seien Ketten und Drahtseile mit 3 Mark belegt, in der Anmerkung seien bestimmte Ketten ausdrücklich ausgenommen. Jene aber bedürften eines Schutzes gar nicht, denn sie stehen ohne Konkurrenz unerreicht auf dem Weltmarkt da; — vielleicht wird auch das unter den neuen Zöllen anders werden! In Bezug auf die anderen Ketten aber werde die Regierung dafür sorgen, daß sie nicht durch ausländische Ketten verdrängt werden.

Abg. Komm. Geh. Rath Burgard verspricht Vorkehrungen gegen derartigen Mißbrauch und erklärt sich gegen die Anträge Stumm, Mehlstedt, weil dieselben das Prinzip der Vorlage durchbrechen und finanziell nicht zu übersehen seien.

Abg. Mehlstedt hält beide Anträge dagegen aufrecht, weil es nicht angehe, hochwerthige und grobe Dinge so in einem Topf zu werfen. Unser Arbeitsstand werde sonst auch an schlechtere Werkzeuge sich gewöhnen, was gewiß nicht im Interesse der nationalen Arbeit liege. Man möge sich demgegenüber den mehr formellen Widerspruch der Regierung hinwegsetzen.

Abg. Bamberger erkennt dem Stumm'schen Antrage eine gewisse formale Berücksichtigung zu, aber materiell gegen denselben. Es handle sich hier um eine ernste Entscheidung, principieller Natur, denn bei Tarifen, die nicht so in Bausch und Bogen gemacht werden, sondern bei denen in jeder Hinsicht der Rücksicht auf eine mehr freihändlerische Basis Erwägungen im Einzelnen eintreten, da werden noch öfter einzelne Industrien mit solchen entgegenstehenden Wünschen kommen. Da er nun habe, die Schutzperiode werde bei uns nicht lang dauern, wüßte er die Dinge zu halten für die Zukunft, um den Miß nicht noch tiefer zu machen, als er schon sei.

Abg. Berger bemerkt berichtigend, er habe sich von der Existenz einer Petition, deren Vorhandensein er neulich bezweifelt, deut überzeugt.

Abg. Müller (Weilheim) befragt den Bundeskommissar, ob er im Interesse der tüchtigen, braven und arbeitsamen Schmiede in seinen baltischen Bergen. Wenn man diesen das Rohmaterial mit Zoll belegt habe, müsse man ihr Fabrikat schützen, wolle man sie nicht zu Grunde richten. Von den Schmieden der Werkzeuge ganz allein aber müssen sie existieren. Wie hoch und schnell eine Industrie sich entwickeln könne, das beweise die Werkzeug-Industrie in Amerika, weil sie rechtzeitig den rechten Schutz genossen habe.

Auf Anfrage des Abg. Dernburg sagt Regierungskommissar Geheimrath Burgard: Maßregeln zu gegen gewisse Mißbräuche des Auslandes bei der Verfertigung der bei uns eingeführten Patent-Aren.

Abg. Richter-Hagen rügt es, daß Anträge wie die vorliegenden erst am Abend vor der Berathung in die Hände der Mitglieder kommen, so daß man nicht Zeit habe, sich darüber zu informieren. Es sei nicht Jeder in dieser Eisenzoll-Philosophie so weit wie Herr Stumm. Bei einzelnen der in Rede stehenden Artikel handle es sich offenbar um erhebliche Vertheuerungen, z. B. der eisernen Gasröhren.

Abg. Mehlstedt hält beide Anträge dagegen aufrecht, weil es nicht angehe, hochwerthige und grobe Dinge so in einem Topf zu werfen. Unser Arbeitsstand werde sonst auch an schlechtere Werkzeuge sich gewöhnen, was gewiß nicht im Interesse der nationalen Arbeit liege. Man möge sich demgegenüber den mehr formellen Widerspruch der Regierung hinwegsetzen.

Abg. Bamberger erkennt dem Stumm'schen Antrage eine gewisse formale Berücksichtigung zu, aber materiell gegen denselben. Es handle sich hier um eine ernste Entscheidung, principieller Natur, denn bei Tarifen, die nicht so in Bausch und Bogen gemacht werden, sondern bei denen in jeder Hinsicht der Rücksicht auf eine mehr freihändlerische Basis Erwägungen im Einzelnen eintreten, da werden noch öfter einzelne Industrien mit solchen entgegenstehenden Wünschen kommen. Da er nun habe, die Schutzperiode werde bei uns nicht lang dauern, wüßte er die Dinge zu halten für die Zukunft, um den Miß nicht noch tiefer zu machen, als er schon sei.

Abg. Berger bemerkt berichtigend, er habe sich von der Existenz einer Petition, deren Vorhandensein er neulich bezweifelt, deut überzeugt.



für die Städte! Herr Stumm hebt die Erleichterungen hervor, verschweigt aber die Vertheuerungen, welche die Landwirtschaft sich wird gefallen lassen müssen für Stroh, Heugabeln, allerlei Scheren, Sämer, Aerte, Beile u. s. w. Sollte das etwa ein Vorspiel sein für ein späteres Verlangen nach Erhöhung der Maschinenzölle? Er wolle hierbei nur konstatieren, auf welcher Seite das Interesse für die Landwirtschaft vorhanden sei. (Lachen rechts.) Ebenso würden hierdurch die Interessen der armen Handwerker geschädigt werden. Aber davon spreche man eben nicht! Es sei richtig, daß, wer A gesagt habe, auch B sagen müsse; die hier gemachten Vorschläge führten aber viel tiefer in das Alphabet hinein und etablierten ein ganz neues Schutzollprinzip, welches sogar hinter 1870 zurückgehe. Für solche Erhöhungen lägen aber gar keine Gründe vor; man lehne sie ab und erkläre so für unsere Industrie, daß sich dieselbe dem Auslande ebenbürtig fühle. (Beifall links.)

Nach Schluß der Diskussion und zwei unweentlichen persönlichen Bemerkungen der Abgg. Stumm und Meißel wurden deren Anträge abgelehnt, die Vorlage unverändert angenommen.

Hierauf verläßt sich das Haus.

Schluß 4 Uhr.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr.

L.-D.: Erste Berathung des Sperrgesetzes und Wahlprüfungen, Fortsetzung der zweiten Berathung des Zolltarifs.

## Deutschland.

Berlin, 17. Mai. Der Präses der Generalordenskommission, General der Infanterie Frhr. von Loen, hat den erbetenen Abschied unter Ernennung zum Generaladjutanten Sr. Majestät des Kaisers erhalten. General v. Kessel, bisher kommandirender General der 5. Division, ist zu seinem Nachfolger ernannt.

Die „Kreuzzeitung“ macht in Bezug auf den Nachfolger des verstorbenen Präsidenten der Staatsschuldenverwaltung Mittheilungen, die in Betreff der Namen unrichtige Angaben enthalten. Richtig aber ist, daß über die Befegung überhaupt noch nicht definitiv entschieden ist.

Zum Nachfolger des Hofpredigers Heym als Geistlichen an der Friedenskirche zu Potsdam ist Pastor Windel, der an der Berliner Charitekirche zwölf Jahre gewirkt hat, berufen worden.

Das Kuratorium der allgemeinen deutschen Pensionsanstalt für Lehrerinnen und Erzieherinnen hielt seine statutenmäßige Jahresversammlung am 4. Mai im Sitzungssaal des Kultusministeriums. Nachdem die Gemahlin des Ministers Dr. Falk als Vorsitzende die Versammlung eröffnet hatte, übernahm Professor Gneist die Leitung der Verhandlungen. Schulvorsteher Stödel referirte über die von dem Centralverwaltungsausschuß über das Jahr 1878 gelegte Rechnung. Die Zahl der Mitglieder beträgt 830; das Vermögen der Anstalt beläuft sich auf 479,370,73 M., wovon 351,520,94 M. auf den Pensionsfonds und 127,849,79 M. auf den Hilfsfonds entfallen. Die Entlastung wurde ausgesprochen. Zu Unterstützungen an Mitglieder in außerordentlichen Fällen wurde den Centralverwaltungsausschuß für 1879 der Betrag von 5000 M. zur Verfügung gestellt. Ministerdirektor Greiff berichtete über weitere Veranlassungen, die zur Förderung des Hilfsfonds in Aussicht genommen sind. Im Hinblick auf die bevorstehende goldene Hochzeit des Kaiserpaars beschloß das Kuratorium, nachdem zuvor die Kronprinzessin als Protektorin der Anstalt ihr Einverständnis kundgegeben hatte, durch Sammlungen im Kreise der Lehrerkollegien und Schülerinnen der Mädchenschulen Deutschlands zum Besten der Anstalt, welche für ihre Mitglieder den Zweck der Altersversorgung verfolgt, dem Kaiserpaar ein Zeichen der Verehrung darzubringen. Durch Kooption wurden in das Kuratorium gewählt Frau Friedenthal, Frau Maybach, Frau Lucanus und Frau von Wulffen.

Berlin, 17. Mai. Im großen Festsaal des Rathhauses zu Berlin, welcher mit dem Stadtbauamt über der Rednertribüne und mit Fahnen geschmückt war, versammelte sich auf Einladung des Magistrats der deutschen Residenz- und Hauptstadt heute früh um 11 1/2 Uhr der deutsche Städtetag, um einen Protest gegen die Korn- und Viehzölle zu beschließen.

Da der Bürgermeister Geh. Rath Dunder erkrankt ist, eröffnete der Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Straßmann den Städtetag und begrüßte die Versammlung in herzlichsten Worten, indem er den auswärtigen Gästen im Namen der Stadt ein Willkommen entgegenbrachte. In seiner Begrüßungsrede hob er hervor, daß die Stadt Berlin nur auf Anregung anderer Städte es unternommen, die Zusammenberufung des Städtetages zu vermitteln. Oberbürgermeister Selle-Königsberg dankte und schlug Dr. Straßmann zum Vorsitzenden des Büreaus vor, der auch einstimmig angenommen wurde. Die Versammlung begab sich hierauf nach dem Saale der Stadtverordnetenversammlung. Hier wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden ein Hoch auf Kaiser Wilhelm ausgebracht, in das die Versammlung lebhaft einstimmt. Hierauf ergriß der Stadtrath Tschow das Wort und führte dabei aus, daß durch die Korn- und Viehzölle die Städte geschädigt würden. Dann verlas der Vorsitzende folgende Resolution und empfahl sie zur Annahme:

1. Die vorgeschlagenen Eingangszölle auf Getreide, Vieh und Fleisch vertheuern den Preis der nothwendigsten Lebensbedürfnisse, erschweren dadurch einseitig die Lebensbedingungen der städtischen Bevölkerung, verhindern die Entwicklung des Verbrauchs in der Richtung auf nahrhaftere Kost und zwingen die Bevölkerung zum Zurückgehen auf minder zuträgliche Nahrungsmittel.

2. Durch schlechtere Ernährung vermindern sie die Leistungsfähigkeit der Arbeitskraft in den Mittelpunkt des Gewerbetreibenden, hemmen die Entfaltung unserer Industrie und lähmen ihre bisher siegreich bewährte Kraft im Wettkampf mit anderen Nationen, welche der Arbeitskraft nicht gleiche Erschwerung bereiten.

3. Sie beeinträchtigen die Entwicklung der Handelsfähigkeit unserer Städte, welchen durch ihre geographische Lage ihre Aufgabe zugefallen ist, zwischen der Landwirtschaft Deutschlands und der europäischen Binnenländer einerseits und dem Weltmarkt andererseits die Vermittelung zu übernehmen, und erschweren dadurch nicht nur die vortheilhafteste Verwerthung unserer ländlichen Erzeugnisse, sondern stellen in Zeiten der Theuerung die Regelmäßigkeit der Versorgung der großen Heerde der Bevölkerung mit den nothwendigen Nahrungsmitteln in Frage.

4. Sie hemmen die Entwicklung des Verkehrs in der Richtung auf Verfeinerung der Brod- und Veredelung der Fleisch- und Schmalzarten damit der Landwirtschaft den heimischen Markt gerade für diejenigen Erzeugnisse, auf deren reichlicher Hervorbringung ihre Zukunft beruht.

5. Indem sie so die Städte in ihrer materiellen Entwicklung schwer beeinträchtigen und an der Erfüllung ihrer Kultur-Aufgabe hindern, schaffen sie künstlich einen Gegensatz der Interessen zwischen Stadt und Land, welcher durch die Umgestaltungen des letzten Menschenalters überwunden schien und zum Heile des ganzen Vaterlandes nie wieder ausleben sollte.

Überbürgermeister Roll aus Mannheim sprach sich wie alle folgenden Redner mit Ausnahme der Reichstagsabgeordneten Oberbürgermeister Herrne aus Seibronn und Bürgermeister Bleiden aus Dinslaken, Oberbürgermeister Hache aus Essen, die sich in kurzen Reden im entgegengeetzten Sinne aussprachen für die Resolution aus, die schließlich im Ganzen mit 68 gegen 4 Stimmen angenommen wurde. Die Versammlung schloß mit Aufforderung eines Dankes an die Stadt Berlin seitens des Stadtverordneten Kampffmeyer-Köln.

Wie das „D. M.-Bl.“ schreibt, wird die Betheiligung der auswärtigen Höfe an der Feier der bevorstehenden goldenen Hochzeit unseres Kaiserpaars eine viel bedeutendere sein, als dies bis jetzt geglaubt wurde und die Zahl der fremden Fürstlichkeiten, welche nach der deutschen Hauptstadt zu kommen gedenken, wird eine sehr beträchtliche sein. Namentlich steht seitens der russischen und österreichischen Herrscherfamilien eine starke Betheiligung bevor. Wie feststeht, sollen außer dem Kaiser von Rußland auch seine 3 jüngsten Söhne in Berlin eintreffen, die Großfürsten Paul, Alexei und Sergei, so daß hier während der Festtage so zu sagen ein kleines russisches Hoflager aufgeschlagen werden wird. Desterreichseits wird der Kaiser Franz Josef in Begleitung des Kronprinzen Rudolf erwartet. Man verspricht sich in den diplomatischen Kreisen, daß die Feierlichkeiten, sowie das ganze Fest einen äußerst glänzenden Verlauf nehmen und sogar die berühmten Dreikaisertage hinter sich lassen werde.

Es kann als ausgemacht gelten, daß Laub- und Brauenergeß in der laufenden Reichstagsession nicht zu Stande kommen.

Das „D. M.-Bl.“ schreibt: Die siebente parlamentarische Session beim Reichskanzler am Sonnabend war von Reichsboten weniger zahlreich besucht, als man dies bisher gewohnt war. Es schien, als hätte sich die wirtschaftliche Vereinigung des Reichstags in den glänzenden Räumen des Reichskanzlerpalais ein Rendezvous gegeben; denn nur in sehr bescheidener Anzahl waren die Vertreter der Handelspartei erschienen. Das Präsidium und Bureau war durch den zweiten Vizepräsidenten Lucius und den Schriftführer Bernards, zugleich das einzige erschienene Mitglied des Centrums, vertreten. Präsident von Jordanstedt war durch das Banket des Städtetages verhindert, der erste Vizepräsident Freiherr von Stauffenberg, der noch immer sehr leidend ist, begiebt sich heute Abend zur Kur nach Karlsbad.

Das größte Kontingent haben die beiden konservativen Fraktionen gestellt, von den National-liberalen bemerkte man unter Anderen: Böhl, Groß, Marquardsen, Jinn, Hölder, von Benck, Saur, von Schaus, Löwe, Berger, Mosle, außerdem den deutschen Botschafter in Paris, Fürst Hohenlohe, mit dem der Reichskanzler viel konferirte. Ferner die Minister Maybach, Friedenthal, Kamele, Hohenlohe, Flägeladjutant Graf Lehnendorff. Von Damen die Gemahlinnen der Minister Falk, Maybach, Kamele und Friedenthal, die Fürstin Carolath, Gräfin Dohna, Gräfin Orsola, Frau von Schrader, Frau von Wattenberg.

Die Gesellschaft war eine äußerst animirte. Besonders wurde bemerkt, mit welcher besonderer Zuversichtlichkeit die Abgeordnete für Liebenhofen, Notar Lorette, der erste Lothringer, der im Salon des Reichskanzlers erschienen ist, vom Reichskanzler und besonders der Fürstin Bismarck beachtet wurde. Die Fürstin ließ sich Herrn Lorette vom Abg. Schöngans vorstellen und drückte ihre hohe Befriedigung über das Erscheinen des lothringischen Abgeordneten auf der Scenier aus. Der Reichskanzler unterhielt sich theils deutsch, theils französisch mit dem fast nur französisch sprechenden Autonomisten über die elssässischen Verhältnisse und konnte zu seiner Genugthuung erfahren, daß der überwiegend größte Theil der elssässischen Bevölkerung mit dem neuen Gesetzentwurf die Verwaltungsverhältnisse der Reichslande betreffend recht zufrieden sei.

Man erfuhr auf der Scenier, daß die Ernennung des General-Feldmarschalls v. von Manteuffel zum Statthalter von Elsaß-Lothringen sicher sei. Fürst Bismarck bemerkte, daß diese Wahl als ein

durchaus glückliche bezeichnet werden müsse, denn vergeblich würde man nach einem besseren Vertreter für diesen schwierigen Posten suchen. Die Berufung des Unterstaatssekretärs Herzog zum Staatssekretär und des Abg. von Puttkamer (Braunsbach) zum Unterstaatssekretär der Justiz in Straßburg wurde als feststehend angenommen.

Der Reichskanzler, mit der historischen Pfeife im Munde, setzte sich dann inmitten der sich bildenden Korona an den langen Tisch und entwickelte in längeren Ausführungen die Verhältnisse, in denen sich unsere Landwirtschaft heute befindet. Die Anwesenden waren von der interessanten Auseinandersetzung, welche die genaueste Kenntniß bis in die kleinsten Details verrieth, sichtlich überrascht. Wiederholt betonte der Kanzler die dringende Nothwendigkeit, die Landwirtschaft, namentlich aber auch den kleinen Bauer, gegen die Konkurrenz des Auslandes zu schützen.

Auch die Holzfrage wurde eingehend behandelt und der Kanzler wies an der Hand von thatfächlichen Ermittlungen nach, daß ein Zoll auf Holz dringend nothwendig sei, wenn man unsere Forstwirtschaft nicht vollständig zu Grunde gehen lassen wolle.

Der Reichskanzler kam dann auf das Brauenergeß zu sprechen und hob hervor, wie nothwendig das Zustandekommen dieses Gesetzes sei. Jetzt könne man gutes Bier in Deutschland nur aus den bayerischen Brauereien beziehen. — Der Fürst wies dabei auf den vor ihm stehenden Stoff hin — „alles gute Bier bekomme man nur unter blauweißer Koralle.“ Wenn das Brauenergeß in Kraft getreten sein werde, so werde man anfangen, auch bei uns im Norden gutes Bier zu brauen und werde nicht mehr bloß ausschließlich auf Bayern angewiesen sein.

Über diese Angelegenheit unterhielten sich namentlich die fachverständigen Abgeordneten Dr. Jinn, Böhl und Fürst Hohenlohe-Langenburg. Einer der Anwesenden glaubte den Fürsten auf die Möglichkeit hinweisen zu müssen, das Brauenergeß vom Reichstag in dieser Session nicht angenommen zu sehen. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß die betr. Brauenerkommission die Sache selbst nicht sehr eilig zu haben scheint, da sie bisher noch zu keiner Sitzung einberufen worden sei.

Des Weiteren kam der Reichskanzler auf die Reichstagsverhandlungen über den Zolltarif zu sprechen. Fürst Bismarck meinte, daß, wenn man glaube, durch die lang ausgehobenen Verhandlungen zu ermüden, man sich sehr irre; er werde, wenn es nothwendig sein sollte, bis September in Berlin bleiben, aber zu Stande kommen müsse die Sache. Die Herren konnten den Starrsinn und die Zäsigkeit preussischer Beamten noch nicht.

Mit besonderer Genugthuung verweilte der Reichskanzler bei der „zündenden“ Rede des Abg. Berger, und doch habe diese Rede nach seiner Ansicht einen geschäftlichen Nachtheil gehabt. Die endlosen Verhandlungen in der Detailberatung hätten nämlich eine ermüdende Atmosphäre der Eintönigkeit über das Haus geübt, als Berger mit seiner Philippika gegen die Freihändler gekommen sei und danach der Sache wieder erneutes Interesse zugewendet habe.

Eine besonders eingehende Unterhaltung führte der Reichskanzler, nachdem er sich längere Zeit hindurch nur Herrn Mosle gewidmet, mit dem Bankpräsidenten v. Dechend. Er behandelte in diesem Gespräch vorzugsweise die Silberverläufe der preussischen Bank, welche der Kanzler sichtlich zu sehr wünscht.

Viel bemerkt wurde auch die lange Unterredung, welche der Fürst mit dem Abg. für Hamburg, Bauer, hatte (die beiden anderen Vertreter dieser Hansestadt, Möhring und Wolffson, waren nicht erschienen) und welche die brennend werdende Frage des Zoll-Anschlusses der Stadt Hamburg an den Zollverein zum Thema hatte. Diesen selben Gegenstand behandelte Herr Bauer in später Abendstunde noch eingehend mit dem Präsidenten des Reichskanzleramts, Hofmann.

Bis gegen 1 Uhr wurde von den Getrennten bei Malibowit und Salvator-Bodder noch politisirt. Der Reichskanzler entließ seine Gäste auf Freundschaft mit dem Zursche „Gute Nacht“; Herrn Lorette wünschte er einen „bon soir“.

## Provinzielles.

Stettin, 19. Mai. Das Oberlandesgericht Stettin wird wie folgt zusammengefaßt werden: dem ersten Präsidenten I h u m m e l, den Senatspräsidenten W e r und R e y e r, den Rätthen B r o h m, S c h n e i d e r, v o n D e w i z, W i e n s t e i n, S c h m i d t, R i n t e l e n, S u c c o, v. R o s e n b e r g, Dr. C o l b e r g, K l e p p e n und zwei hier noch nicht bekannten Rätthen.

Herr Kreisgerichts-Direktor H a v e n s t e i n in Stargard ist zum Landgerichts-Direktor bei dem dortigen Landgericht ernannt worden.

Der Regierungs- und Schulrath D i t t r i c h ist zum 1. Juni d. J. von Köslin an die Königl. Regierung zu Stettin versetzt worden.

Am 16. d. M., Abends gegen 10 Uhr, wurde der Kaufmann E r n s t W e l b aus Berlin, welcher im Begriff war, von dem Eisenbahn-Abdacht über den freien Platz vor der Einfahrt des Posthofes zu gehen, von einer Kariolpost überfahren.

Wie wir hören, wird die bisher auf Elysum spielende Theatergesellschaft, welche durch die letzten bekannten Ereignisse von dort vertrieben wurde, noch in dieser Woche in dem W o l f f s c h e n Saale ihre Aufführungen wieder aufnehmen.

Die Arbeiter Abg. Emil Aug. K r i e n t e und Heinrich Carl Aug. M i s l i n g hatten in den Monaten Februar und März d. J. einen Bund

geschlossen, gemeinschaftlich Diebstähle auszuführen und zwar derart, daß sie sich des Abends in die Häuser schlichen, die Keller erbrachen und Alles, was ihnen zur Hand lag, mitnahmen. Dieselben waren in der heutigen Sitzung der Kriminal-Deputation des Kreisgerichts deshalb angeklagt und sind folgenden Kellereindiebstähle geständig: 1) am 10. März bei der Wittve Engel, Elisabethstraße, 2) am 23. März beim Kaufmann B a c h s, Pölsigerstraße, 3) am 26. März bei der Wittve H o b l e, Pölsigerstraße, 4) an demselben Tage bei der Lehrfrau R o c h, Kronprinzenstraße, 5) am 28. März bei dem Eisenbahnbeamten W e g n e r, Pölsigerstraße, und 6) am 29. März beim Urtmann W i t t e, Pölsigerstraße; außerdem ist K r i e n t e eines Diebstahls von Bauholzern vom Holzplatz des Zimmermeisters Schult geständig. Die Beute der Einbrüche, besonders aus Lebensmitteln, Wein, Bier und Hausgeräthen bestehend, theilten die Diebe mit der unverheh. Emilie Aug. L o u i s e G u t m a n n, welche sich auch bei dem ad 1 genannten Diebstahl betheiligte. Der Gerichtshof erkennt gegen K r i e n t e auf 3 Jahr 6 Monate Zuchthaus, Verlust der Ehrenrechte auf 4 Jahr, gegen M i s l i n g auf 3 Jahr 4 Monate Zuchthaus, Verlust der Ehrenrechte auf 4 Jahr, gegen die G u t m a n n auf 1 Jahr 3 Mon. Zuchthaus, Verlust der Ehrenrechte auf 2 Jahr, auch wird bei allen drei Angeklagten auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt.

Greifswald, 16. Mai. Die gefrige akademische Fier des Rektoratswechsels schloß am Abend nach althergebrachter Sitte mit einem großen Fackelzug der Studentenschaft, an der sich jedoch die hiesigen Korps nicht betheiligten. Diese hatten ihre Gratulation durch eine besondere Deputation bereits am Morgen dargebracht. Nach beendigtem Fackelzuge hatten die meisten Korporationen einen Kommerz.

Loth, 16. Mai. Am Mittwoch tagte hier der hiesige Bienenzuchtverein. Vor Beginn der Besprechung hatten die Mitglieder sich auf dem Bienenstande des Vorsitzenden versammelt, um den Erfolg eines Versuchs, einem wiesellosen Bock eine neue Königin zu verschaffen, zu beobachten. Der Versuch war vollkommen gelungen und so das ganze Volk gerettet, was bei Bienen im Korbe sich nicht erreichen läßt. Im Vereinslokale hielt der Lehrer Westpfahl einen Vortrag über das Thema: „Woran erkennt man eine gute Bienenzucht.“ Der Vortragende wies darauf hin, daß von Jähren die Schuld an dem schlechten Gedeihen ihrer Bienenstände oft auf die schlechte Bienenzucht geschoben werde, während der weniger rationelle Betrieb meist die Ursache sei, wenn mitunter der größte Bienenstand zu Grunde gehe. An den interessanten Vortrag schloß sich eine längere Besprechung. Darauf zeigte der Vorsitzende eine von dem Dreckslet Gefertigte Zümlerpeste vor und erläuterte ihre Zusammenstellung, indem er sie mit anderen Arten verglich. Alsfertig wurde neben dem angemessenen Preise, 3 Mark, die praktische Einrichtung anerkannt. Vor Schluß wurde die nächste Versammlung auf Mittwoch, den 11. Juni, festgesetzt.

Treptow a. R., 17. Mai. Die früheren Beamten der hiesigen Vorpostenklasse, W e n d o f f und S c h e e r, wurden am 14. d. Mts. vor dem Kreisgericht zu Greifenberg, nachdem ihnen weit über hundert Fälle von Fahrlässigkeit in ihrer Amtsführung nachgewiesen waren, zu 6 Jahren Gefängnis und Verlust der Ehrenrechte auf 2 Jahr verurtheilt.

## Telegraphische Depeschen.

Wien, 18. Mai. Bekanntlich sollte nach den russischen Dispositionen die vollständige Räumung Bulgariens und Rumeliens am 25. Juli vollzogen sein. Auf den Wunsch Englands, Desterreichs und Italiens, den Räumungstermin zu verzögern, wobei Desterreich den 3. Juli als Termin bezeichnete, um eine baldige definitive Konstitution Ostrumeliens zu erleichtern, antwortete Rußland entgegenkommend, Alles zur Beschleunigung zu thun und dabei einzig militär-technische Erwägungen gelten zu lassen.

Botschafter Edhem Pascha ist am Freitag von Konstantinopel nach Wien abgereist, ohne sich vorher vom Minister Karatheodor Pascha verabschiedet zu haben, was als ein Zeichen der erschütterten Stellung des letzteren gilt.

Petersburg, 18. Mai. General Gurko hat den Verlauf der sogenannten „Planeten Eschastija“ (Planeten des Glücks) verboten, weil dieselben zu nihilistischen Proklamationen benutzt worden sind. Es waren dies buntpfarbige Kuverts mit gedruckter Weissagungs-Einlage, welche beim Volke sich großer Beliebtheit erfreuten und auf Straßen und Vergnügungsorten feilgeboten wurden.

Petersburg, 18. Mai. Ein Telegramm des Generalgouverneurs von Drenburg vom 16. d. M. meldet, daß in Nischnewolok ein neuer Feuerschreck bei sehr starkem Sturme ausgebrochen ist, durch welche mehrere der Krone gehörige Gebäude, darunter die Rentei, vernichtet wurden. Der Feuerschaden sei sehr groß. In Drenburg selbst entstand am 16. d. Mts. ein zweiter großer Brand, welcher einen beträchtlichen Theil der bei der früheren Feuerschreck vernichteten gebliebenen Vorstadt in Asche legte.

Kairo, 17. Mai. Der Protest der deutschen Regierung, welcher heute durch den deutschen Generalkonsul dem Khedive formell überreicht wurde, ist gegen die willkürliche Handlungsweise des Khedives gerichtet, welcher durch die Finanzdekrete vom 22. v. M. die Beziehungen der ägyptischen Regierung zu den Gläubigern veränderte, deren Rechte unter den Schutz der internationalen Gerichtshöfe gestellt worden sind.